

Chance zum Schutz des Lebens vertan

Die EVP bedauert das heutige Nein zur Waffeninitiative. Sie hätte die Zahl der Waffen gesenkt und künftig Unfälle, Suizide und Beziehungsdelikte vermeiden geholfen. Ein erhebliches Sicherheitsrisiko sind die vielen alten Armeewaffen. Die EVP fordert vom Verteidigungsdepartement die Lancierung und Unterstützung von entsprechenden Einsammelaktionen.

Die Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) nimmt mit grossem Bedauern zur Kenntnis, dass die Volksinitiative „Schutz vor Waffengewalt“ heute von den Stimmberechtigten abgelehnt worden ist. Sie hätte zwar keine Garantien geboten, aber das Risiko von Unfällen, Suiziden und Beziehungsdelikten entscheidend gemindert. „Die Annahme der Waffeninitiative hätte künftig einiges Leid vermeiden können“, meint EVP-Präsident Heiner Studer. „Der Schutz des Lebens ist ein altes EVP-Anliegen. Dazu gehört auch eine Waffengesetzgebung, die Missbräuche nach Möglichkeit verhindert.“ Mit dem Nein zur Waffeninitiative sei diesbezüglich eine grosse Chance vertan worden. Erfreulich sei hingegen, dass nicht nur in den Westschweizer Kantonen, sondern auch im Kanton Zürich und in einigen, grösseren Deutschschweizer Gemeinden eine Mehrheit für die Initiative zustande gekommen sei.

Zahlreiche Studien belegen: Je mehr Schusswaffen im Umlauf sind, desto öfter kommt es im Affekt zu Morden und Suiziden. Weniger Waffen bedeuten mehr Sicherheit, tödliche Kurzschlusshandlungen können verhindert werden. Experten gehen davon aus, dass in der Schweiz mit einem erschwerten Zugang zu Schusswaffen jährlich bis zu 100 Suizide vermieden werden könnten. Es stimmt zwar, dass in anderen Ländern nach einer Verschärfung der Waffengesetze eine gewisse Verlagerung zu anderen Suizidformen stattfand. Doch viel wichtiger ist, dass die Anzahl Suizide insgesamt zurückging.

Ein erhebliches Sicherheitsrisiko stellen nach wie vor die Armeewaffen in Schweizer Haushalten dar. Dabei geht es weniger um die rund 200'000 Gewehre und Pistolen von aktuell dienstpflchtigen Schweizer Männern und Frauen, sondern um die rund anderthalb Millionen Dienstwaffen, welche den Soldaten beim Ausscheiden aus der Armee überlassen worden sind. Sie haben längst keine militärische Aufgabe mehr. Die EVP erwartet von der Armeeführung und dem Verteidigungsdepartement, dass sie sich aktiv um das Einsammeln dieser alten, nicht mehr benötigten Waffen bemühen und entsprechende Sammelaktionen initiieren und unterstützen.

Bern, den 13. Februar 2011/nh

Für Auskünfte:

Heiner Studer, Präsident der EVP Schweiz: 079 445 31 70

Joel Blunier, Generalsekretär EVP Schweiz: 076 379 76 79

Niklaus Hari, Leiter Kommunikation EVP Schweiz: 079 202 72 27